

Abschaffung des Rechtsstaats

Wegen des Verhaltens unseres Bürgermeisters gegenüber den Bürgern, die den Antrag für eine Volksbefragung lt. § 16 NÖ Gemeindeordnung, gestellt haben wankt das Vertrauen in unseren Rechtsstaat. Trotzdem wir monatelang die verzögerte Behandlung unseres Initiativantrages, die widerrechtlichen Bescheide von Bürgermeister und Gemeindevorstand erdulden mussten, vertrauten wir auch weiterhin auf den Rechtsstaat. Da aber der Bürgermeister, nach Bestärkung durch die Gemeindeaufsicht, auch einen Gerichtsentscheid, in dem wortwörtlich erklärt wurde:“ ..dass der vorliegende Initiativantrag zulässig ist, und daher behandelt werden muss.“ ignoriert, ist unser grundsätzliches Vertrauen in den Rechtsstaat erschüttert. Wenn diese vorgeführte Ignoranz der Gesetze, und eines gerichtlichen Erkenntnis ohne aufsichtsbehördliche Konsequenzen bleibt, bedeutet es die Abschaffung des Rechtsstaats. Nie wieder kann sich ein Bürger, der alle Vorschriften des Gesetzes innerhalb der gesetzten Fristen befolgt sicher sein, dass seine Anliegen von der Behörde entsprechend der Gesetze erledigt werden. Die Rechtssicherheit der Bürger gegenüber der Verwaltung geht damit verloren. Ceterum censeo..... Dieter Dorner